



Bund und Freistaat: Schutzschirm für Sächsische Kommunen

Auswirkungen der Corona-Pandemie sollen abgeschwächt werden

BERLIN/DRESDEN: Wenn es den Unternehmen gut geht, dann geht es auch unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen gut. Deshalb haben wir bei dem Konjunkturprogramm unsere Kommunen als wichtigen Partner fest im Blick. Sie sollen in die Lage versetzt werden, gerade jetzt investieren zu können – nachhaltig und mit Verantwortung für die nächsten Generationen.

Nachdem der Koalitionsausschuss im Bund ein 130 Milliarden Euro schweres Konjunkturpaket beschlossen hat, besteht für den Freistaat Sachsen die Chance, dies mit eigenen Maßnahmen zu flankieren.

Sachsen ist durch den kommunalen Schutzschirm in Höhe von 700 Millionen Euro heute besser ausgestattet als viele andere Bundesländer. Die Corona-Krise hat aber den Finger in Wunden gelegt, die uns bereits seit Jahren plagten.

Eine davon ist die finanzielle Lage der Kommunen, die sich durch die Verlagerung von Verantwortlichkeiten und gleichzeitig steigenden Sozialausgaben in den letzten Jahren verschärft hat. Das gilt zum Beispiel bei den Kosten für Unterkunft und Heizung, die der Bund nun dauerhaft bis zu 75 Prozent übernehmen wird. Sachsen kann dabei auf eine Entlastung der Kommunen in Höhe von bis 250 Millionen Euro hoffen. Die krisenbedingten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer werden sich voraussichtlich auf bis zu 200 Millionen Euro belaufen. Bund und Freistaat werden die Ausfälle im Jahr 2020 je hälftig übernehmen. Unterstützend stellt der Bund „Investitionshilfen“ zum Beispiel für den geplanten Ausbau der Kindertagesstätten, Ganztagschulen, ein Sportstättenprogramm, die digitale Verwaltung und den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst zur Verfügung.

Nachdem die kommunale Daseinsvorsorge gesichert ist, werden wir nun unser Sächsisches Kommunalpaket darauf ausrichten, dass es zusätzliche Investitionen in der Digitalisierung, der Bildungsinfrastruktur und zur Stärkung des kommunalen Straßenbaus geben kann.

Unser gemeinsames Ziel ist die Stärkung der kommunalen Ebene – verbunden mit der Freiheit und der Verantwortung die daraus resultiert. Mit „Freiheit“ ist dabei die Befreiung der Kommunen von überflüssiger Bürokratie gemeint, um weitere Spielräume für Investitionen zu schaffen.

Die kommunale Ebene soll mit klugen und mutigen Schritten in die Zukunft gehen können. Bereits geschaffene haushaltsrechtliche Spielräume sind wichtig für die kommunale Handlungsfähigkeit. Weitere Punkte folgen in der anstehenden Kommunalrechtsnovelle.

Unsere Kommunen sind der größte öffentliche Auftraggeber im Freistaat Sachsen und damit spielen sie eine wichtige Rolle für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Deshalb gilt es in den nächsten Wochen intelligente Lösungen durch die Kombination von Bundes- und Landesprogramm zu finden, damit Sachsen nach Corona zu alter Kraft zurückkehrt. (von Yvonne Magwas, MdB und Sören Voigt, MdL)



Jetzt die Corona-Warn-App herunterladen und Corona gemeinsam bekämpfen.



Inhalt

Seite 1
Konjunkturpaket zur Coronabewältigung

Seite 2
Aus dem Sächsischen Landtag, dem Bundestag

Seite 3
Aus den Orts- und Stadtverbänden der CDU-Vogtland

Seite 4
Aus dem Europaparlament
Geburtstage, Jubiläen und Termine

Auch auf **facebook:**
cdu-vogtland



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der CDU-Vogtland,*

auch in der Parteilarbeit zeigt sich die Corona-Krise. Wo ab Mitte März „zu Hause bleiben“ angesagt war und ab Mai „social distance“ galt, ist es schwer die Arbeit in den Orts- und Stadtverbänden mit dem Ziel „Gesund bleiben“ aufrechtzuerhalten. Erst nach und nach mit weiteren Lockerungen der Auflagen im öffentlichen Leben waren verantwortungsbewusst erste Veranstaltungen wieder möglich.

Nun läuft so langsam auch die Parteilarbeit mit ersten Treffen der Gremien und in den Verbänden wieder an. Und es geht mit großen Schritten auf den etwas vorgezogenen Parteitag im September mit Neuwahlen des Vorstandes und der Nominierung des Kandidaten für die Wahl zum Bundestag im kommenden Jahr zu.

Und dann geht es Schlag auf Schlag: Landesparteitag und DER Bundesparteitag mit der coronabedingten verschobenen Wahl eines neuen CDU-Parteivorsitzenden. Das wird wahrscheinlich die spannendste Veranstaltung der vergangenen Jahre. Zwei Kandidaten und ein „Doppel-Pack“ wollen die CDU zu neuer Stärke führen. Ach ja, und dann wäre auch die K-Frage noch zu klären. Da mischt ja auch der bajuwarische Krisenkönig noch mit.

Es wartet nach dem Lockdown eine der ereignisreichsten Zeiten in der Unionsgeschichte, und das im Jahr des 75. Geburtstages der CDU Deutschland. Hoffentlich macht uns Corona nicht einen Strich durch die Rechnung. Bleiben Sie gesund und besonnen.

Ihr Knut Kirsten, Pressesprecher



Yvonne Magwas,
Mitglied des Deutschen Bundestags

Ein Kraftpaket gegen die Krise: Konkrete Problemlösungen und Gestaltungsmöglichkeiten

BERLIN: Die letzten Wochen und Monate haben uns alle auf so vielen Ebenen gefordert - familiär, wirtschaftlich, politisch. Covid-19 ist für uns und unser Land die größte Herausforderung der vergangenen 75 Jahre. Gleich zu Beginn der Krise hat der Bund Hilfsprogramme auf den Weg gebracht, um während der

Phase der Beschränkungen Arbeitsplätze zu sichern, Unternehmen zu erhalten und soziale Notlagen zu vermeiden. Ich denke dabei an Instrumente wie das Kurzarbeitergeld, Steuererleichterungen, Vereinfachung Kindergeldzuschlag und viele weitere Unterstützungsmaßnahmen. Im direkten Vergleich mit anderen Ländern haben wir die erste Phase der Pandemie gut überstanden. Dementsprechend konnten wir es uns erlauben, nach und nach Lockerungen zu ermöglichen. Nun geht es darum die Wirtschaft wieder anzukurbeln, Arbeitsplätze weiterhin zu sichern, und die sozialen Folgen abzufedern. Deshalb hat der Koalitionsausschuss ein Konjunkturpaket geschnürt - 15 Seiten voll mit konkreten Problemlösungen und Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft. 130 Milliarden Euro werden investiert. Ein wortwörtliches Kraftpaket.

Wie setzt es sich zusammen? Zum einen aus Maßnahmen zur Steigerung der Konjunktur, zum Erhalt von Stabilität und zum anderen aus Maßnahmen zur Gestaltung der Zukunft. Die zentralsten Bestimmungen sind u.a.:

- Absenkung der Mehrwertsteuer: Der Mehrwertsteuersatz wird von 19 Prozent auf 16 Prozent und von 7 Prozent auf 5 Prozent gesenkt. Gültig vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020.
- Überbrückungshilfen für Betriebe zur Sicherung von Arbeitsplätzen
- Kinderbonus für Familien: Einmalig erhalten Eltern 300 Euro pro Kind. Für Alleinerziehende werden die Freibeträge verdoppelt.
- Stärkung der Kommunen: Der Bund erhöht seinen Anteil an den Kosten für die Unterkunft von Bedürftigen, gleicht die Gewerbesteuerausfälle der Kommunen zur Hälfte aus und stärkt den Öffentlichen Nahverkehr sowie den Gesundheitssektor.
- Investition in die Zukunft: 50 Milliarden u.a. für nachhaltige und klimafreundliche Mobilität sowie Zukunfts-Technologien wie die Künstliche Intelligenz, Kommunikationstechnologien oder Quantentechnologie.

Alle Maßnahmen im Detail gibt es auf www.cdu.de.

Jetzt geht es um das schnelle Umsetzen und Stellen der Weichen. Glücklicherweise sind wir als Partei auf allen Ebenen in Verantwortung. Bund, Länder und Kommunen arbeiten gemeinsam daran, dass das Kraftpaket seine Kraft entfalten kann und wir als Gesellschaft sowie Wirtschaftsnation gestärkt aus der Krise hervorkommen können. (von Yvonne Magwas, MdB)



Andreas Heinz, MdL

Medienstaatsvertrag vor Verabschiedung – Stärkung regionaler Medienvielfalt

DRESDEN: In wenigen Wochen kann der Sächsische Landtag einen neuen Medienstaatsvertrag verabschieden. Mit diesem Vertrag soll eine Grundlage für eine zeitgemäße Regulierung unserer sich immer rasanter verändernden Medienwelt geschaffen werden. Damit erreicht eines der wichtigsten medienpolitischen Vorhaben die Zielgerade. Es gab zahlreiche Expertenanhörungen, Gespräche mit den beiden großen öffentlich-rechtlichen Medienanstalten, privaten bundesweiten Anbietern und regionalen Medien. Aber auch Medienplattformen, Soziale Online-Netzwerke, Instant-Messenger, Suchmaschinen oder Videoportale werden in die Regelungen des Staatsvertrages einfließen. Beinhaltet sein wird auch eine Regelung zur Flexibilisierung des Anteils an Sendezeit für Fernsehwerbespots, die künftig nicht mehr auf 20 Prozent pro Stunde begrenzt sein soll,

sondern 20 Prozent im Zeitraum von 18 bis 23 Uhr nicht überschreiten darf. In der Absicht, die sächsische Medienlandschaft zukunftsfest zu machen, gab es stets auch die Erwartung, neue Chancen für die wichtigen regionalen und lokalen Rundfunkanbieter in Sachsen zu erschließen. Dazu sind Marketingmaßnahmen nötig, die den Medien der Region eine auskömmliche Refinanzierung ermöglichen. Des Weiteren braucht es einen hohen Anspruch an die Ausbildung Medienschaffender, um fachlich gute mediale Berichterstattung zu gewährleisten. Vielfalt der Medien ist für unsere demokratische Gesellschaft eine zentrale Säule, die wir schützen müssen. Der neue Medienstaatsvertrag soll dafür eine stabile Grundlage bieten. Deshalb werden wir als CDU-Fraktion diesen auch unterstützen. (von Andreas Heinz, MdL)

Coronavirus beeinträchtigt Landtagsarbeit

DRESDEN: Mit Ausbruch des Coronavirus befand sich bisher auch die gesamte Arbeit des Sächsischen Landtages im Krisenmodus. Viele Angestellte arbeiteten situationsbedingt im Homeoffice. Plenarsitzungen mussten verkürzt werden, Arbeitskreis- und Ausschusssitzungen finden oftmals wegen der Abstandsregelung im Plenarsaal statt oder wurden per Videokonferenz abgehalten. Gruppenbesuche im Sächsischen Landtag sind derzeit nicht möglich. Alle nicht-parlamentarischen Veranstaltungen im Landtagsgebäude werden abgesagt. Eine interne Arbeitsgruppe des Landtags schätzt die Lage regelmäßig neu ein und behält sich vor, entsprechend der Entwicklung die Maßnahmen anzupassen.



Massenhafte Anfragen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens eines jeden Wahlkreises sind entsprechend der sich ständig verändernden Corona-Schutzverordnungen präzise zu beantworten. Erstmals in Sachsen hat sich auch der Regierungschef einer offenen Fragerunde zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie im Parlament gestellt.

Im Kabinett müssen in Absprache mit den parlamentarischen Gremien gewichtige Entscheidungen von bisher nicht gekannter Tragweite getroffen werden. So wird beispielsweise der gesamte sächsische Haushaltsüberschuss von 2019 in Höhe von 650 Millionen € zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie aufgewandt.

“Die Lage ist und bleibt ernst.“, äußerte die Bundeskanzlerin angesichts der Corona-Situation in Deutschland und auch die sächsische Landespolitik wird alles dafür unternehmen, um Sachsen bestmöglich durch diese Krise zu steuern. (von Stephan Hösl, MdL)

Hinweis der Redaktion:

Wenn Sie in Ihrem Orts- oder Stadtverband eine Veranstaltung oder eine Aktivität hatten oder haben, über die in unserer Mitgliederzeitung berichtet werden soll, dann senden Sie uns doch einen kurzen Artikel und dazu separat ein Foto (als jpg- oder png-Datei und größer 1 MB) an info@cdu-vogtland.de. Der Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 10.09.2020. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge.

Impressum: Herausgeber: CDU Kreisverband Vogtland, Rädelsstraße 2, 08523 Plauen, Telefon 03741 22 44 20, Fax 03741 22 74 71, eMail: info@cdu-vogtland.de, Internet: www.cdu-vogtland.de; Chefredaktion: Knut Kirsten; Redaktion: Sören Voigt; Fotos: CDU-Sachsen, Knut Kirsten, Peter Jahr, Stephan Hösl, Sascha Strobel, Bundesregierung, CDU-Plauen CDU-Vogtland, privat; Layout & Satz: Knut Kirsten; Druck: conception SEIDEL OHG Muldenhammer; Auflage: 750; Redaktionsschluss: 31.07.2020, Layoutversion: 4.2.0

Mit dem Ministerpräsident Kretschmer im Vogtland unterwegs

PLAUEN/EICH: Am Samstag, den 6. Juni, war unser Ministerpräsident Michael Kretschmer erneut im Vogtland zu Gast. Zunächst nahm Kretschmer zusammen mit Landrat Rolf Keil und den Landtagsabgeordneten Sören Voigt und Andreas Heinz an der Aktion "Leere Stühle - Gastro braucht Hilfe" in Plauen teil. Gemeinsam diskutierten sie mit den anwesenden Gastronomen über Ideen und Lösungsansätze, um wieder mehr Gäste in die Gaststätten der Region zu bekommen.



v.l.: Andreas Heinz, MdL, Karsten Kramer, Sören Voigt, MdL, Ministerpräsident Michael Kretschmer, Landrat Rolf Keil

Alters- und Ehrenabteilung entsteht hier ein generationsübergreifendes Projekt, das vom Kreisbrandmeister und Katastrophenschutz-Mitarbeiter vorgestellt und mit zahlreichen Vertretern der vogtländischen Feuerwehren diskutiert wurde. Baubeginn soll im Frühjahr 2021 sein, für 2023 ist die Inbetriebnahme des Kompetenz geplant, auf das sich die insgesamt 3500 aktiven Frauen und Männer in den 159 Feuerwehren im Vogtlandkreis freuen dürfen. (von Sören Voigt, MdL)

Danach ging es weiter nach Eich. Hier entsteht das neue Kompetenzzentrum für den Brand- und Katastrophenschutz im Vogtlandkreis. Rund 9,5 Millionen Euro möchte der Landkreis mit diesem Projekt investieren, drei Millionen davon stellt der Freistaat Sachsen zur Verfügung, um den Brand- und Katastrophenschutz im Vogtland auf eine qualitativ neue Stufe zu bringen.

Für die Kinder- und Jugendarbeit, dezentrale Ausbildungen und Übungen, die Einbindung von Kameraden der

Ministerpräsident Michael Kretschmer zu Besuch in der Agrargenossenschaft Reichenbach

REICHENBACH: Gemeinsam mit der vogtländischen Milchprinzessin begrüßte Stephan Hösl den sächsischen Ministerpräsidenten zur Einweihung des neuen Kälber- und Jungviehstalls der Agrargenossenschaft Reichenbach in der Milchviehanlage Rotschau. Geschäftsführer Lars Bittermann bot den weiteren zahlreichen Gästen wie Landrat Rolf Keil, Oberbürgermeister der Stadt Reichenbach Raphael Kürzinger, Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas, Landtagsabgeordneter Andreas Heinz, Vertretern des Sächsischen Landesbauern- bzw. des Vogtländischen Regionalbauernverbandes, der Stadtwerke Reichenbach und der Sparkasse einen umfassenden Einblick in die tägliche Arbeit der Agrargenossenschaft. Mit mehr als 1.000



Ministerpräsident Kretschmer mit der Sächsischen Milchprinzessin und Stephan Hösl, MdL in der Agrargenossenschaft Reichenbach

Milchkühen und 900 Jungrindern gehört diese zu den 50 großen Genossenschaften in Sachsen. Besonders beeindruckend war neben den großzügigen Stallungen, in denen die Kühe in einer Art Herdenverbund leben und sogar kalben, das hochmoderne Milchkarussell. Hier können alle 1.000 Kühe in einem teilautomatisierten Prozess in vier Stunden gemolken werden. Dank eines Ohrchips, der neben Körpertemperatur und Fressverhalten auch Schlaf-, Fress- und Wiederkäuzeiten misst und registriert, können die Kühe beim Verlassen des Karussells von den Mitarbeitern bei Bedarf direkt behandelt werden. Auch die Biogasanlage stellt eine besondere technische Ausstattung dar, die zeigt, dass Land- und Viehwirtschaft eine ausgezeichnete Symbiose bilden, von der wir in mehrfacher Hinsicht profitieren.

Natürlich wurde auch die Bedeutung der Landwirtschaft sowie die aktuellen Herausforderungen thematisiert. Insbesondere der nach wie vor niedrige Milchpreis von 0,30-0,34 €, der die Kosten der Landwirte gerade mal deckt, war in den Gesprächsrunden Thema.

Ich werde mich umso mehr auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Arbeit der Landwirte Beachtung und Wertschätzung erfährt. Dazu gehört auch die Fortsetzung des agrarpolitischen Stammtischs, der die vogtländischen Landwirte mit Landes-, Bundes- und Europapolitikern periodisch zu einem fachlichen Austausch zusammenführt. (von Stephan Hösl, MdL)

Stammtisch mal anders

PLAUEN: Ende Juni trafen sich zahlreiche Mitglieder des Plauener Stadtverbandes zu einem internen Stammtisch bei der Falknerei Herrmann in Plauen. Bei bestem Wetter führte uns Falkner Hans-Peter Herrmann durch sein neu gestaltetes Areal und berichtete von seinen noch geplanten Bau- und Projektvorhaben. Wir dürfen gespannt sein, was dort noch alles entstehen wird. Mit einer kurzen Flugvorführung begeisterte er Mitglieder und Gäste. Für das leibliche Wohl sorgte das Team der Falknerei.

Zum Stammtisch eingeladen war unsere vogtländische Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas. Sie informierte über bundespolitische Themen, wie das Konjunkturpaket, die Überbrückungshilfen für Unternehmen, die Senkung der Mehrwertsteuer und über die Investitionsvorhaben im Bereich der Kommunen und dem Kita-Ausbau, sowie über den geplanten Sonderbonus beim Kindergeld und den Ausbildungsbonus. Außerdem hat der Bund vor, in Zukunftstechnologien, Forschung und Entwicklung zu investieren.

Des Weiteren wurden kommunale Themen angesprochen. So informierte der Fraktions- und Stadtverbandvorsitzende Jörg Schmidt u.a. über Anträge der CDU-Fraktion des Plauener Stadtrates zur Aussetzung der Sondernutzungsgebühr für Gastronomen, der Aussetzung der Parkgebühren und zur Baumschutzsatzung.

Kultur- und Sportbürgermeister Steffen Zenner berichtete über den geplanten Doppelhaushalt, den es für die Stadt Plauen geben wird und über den Stand der Planungen für den Bau der Dreifelder-sporthalle am Lessing-Gymnasium. Es war schön, nach der langen Corona-Pause wieder mit den Mitgliedern ins Gespräch zu kommen.

(von Lukas Wandtke, CDU-Plauen)



NEU!

19. September 2020 10:00 Uhr

Kreisparteitag der CDU-Vogtland in Markneukirchen mit Neuwahl des Vorstandes und Nominierung des Kandidaten für die Bundestagswahl 2021

verschoben auf Dezember

Bundesparteitag der CDU Deutschlands mit Wahl eines neuen Bundesvorsitzenden in Berlin

Wir gratulieren unseren Mitgliedern, die zwischen April und Juni Geburtstag feierten

zum 50. Geburtstag

Jana Carabello, Oelsnitz
Falk Spörl, Ellefeld
Ingo Günthel, Reichenbach
Bernd Freund, Rosenbach OT Schönberg
Marko Singer, Neumark
Kai Götze, Oelsnitz
Jens Strobel, Rodewisch OT Rützingrün

zum 55. Geburtstag

Andreas Günnel, Klingenthal
Bettina Groth, Auerbach

zum 60. Geburtstag

Steffi Bley, Klingenthal
Kornelia Flach, Neustadt
Lucia Bäuml, Plauen

zum 65. Geburtstag

Dr. Dieter Haugk, Grünbach
Ulrike Groß, Lengenfeld OT Waldkirchen
Gisela Schlesiger, Auerbach
Rudolf Braun, Auerbach
Maria Bastek, Netzschkau OT Brockau

zum 70. Geburtstag

Gudrun Schmidt, Wohlhausen
Walter Voigt, Markneukirchen
Johannes Baumann, Auerbach
Friedrich Voigt, Falkenstein
Rudolf Püschel, Pausa-Mühltruff OT Thierbach
Christl Denk, Schöneck
Rainer Schmidt, Rostock
Rosemarie Voigt, Falkenstein

Monika Paul, Steinberg zum 71.
Karl-Heinz Graef, Pöhl zum 71.
Wolfgang Hüttel, Wohlhausen zum 71.
Christine Werner, Pausa-Mühltruff zum 72.
Brigitte Holzmüller, Plauen zum 72.
Gerhard Thutwohl, Bad Vilbel zum 72.
Lothar Voigtmann, Muldenhammer zum 72.
Dr. Tassilo Lenk, Adorf OT Jugelsburg zum 72.
Hansjörg Mittreuter, Steinberg zum 72.
Hansjoachim Weiß, Plauen zum 73.
Dietrich, Heroldt, Plauen zum 73.
Brigitte Perthel, Pausa-Mühltruff zum 73.
Lothar Willer, Schöneck zum 73.
Dietrich Schuster, Plauen OT Jößnitz zum 73.
Gudrun Nauman, Bobenneukirchen zum 74.
Klaus Methner, Hundsgrün zum 74.
Renate Pastor, Plauen zum 74.

zum 75. Geburtstag

Jürgen Ruttloff, Falkenstein
Hans-Jochen Köhler, Reichenbach zum 76.

Horst Kunzmann, Heinsdorfergrund zum 77.
Richard Wunderlich, Bad Elster zum 77.
Jörg Markgraf, Reichenbach zum 77.
Gerhard Richter, Schöneck zum 77.
Sabine Hellriegel, Reichenbach zum 77.
Reiner Schneidenbach, Klingenthal zum 78.
Rolf Perthel, Pausa-Mühltruff zum 78.
Wolfgang Künzel, Reichenbach zum 78.
Michael Gerisch, Rodewisch zum 78.
Bernd Peter Stummeier, Bad Elster zum 78.
Rosemarie Schneider, Auerbach Rtg. zum 78.
Brigitte Kuntze, Falkenstein zum 78.
Monika Kirsten, Steinberg zum 79.
Manfred Dostmann, Plauen zum 79.

zum 80. Geburtstag

Renate Kraus, Plauen
Helga Döschner, Reichenbach
Dr. Berthold Kern, Neuensalz OT Thoßfeld
Heinrich Schmidt, Wohlhausen
Friedebert Dörner, Plauen
Helga Brandt, Auerbach
Jürgen Hackert, Grünbach

Maritta Wunderlich, Oelsnitz zum 81.
Karin Wurzbacher, Plauen zum 82.
Werner Sommer, Rosenbach zum 82.
Anne-Margarete Dörner, Plauen zum 83.
Werner Löffler, Cottbus zum 84.
Eva Gruber, Plauen zum 84.

zum 90. Geburtstag

Werner Schmidt, Plauen
Ludwig Lenk, Lengenfeld
Wolfgang Günther, Auerbach Rtg. zum 91.
Karl Kämpf, Plauen zum 91.
Gertraude Taubner, Falkenstein zum 93.

zum 95. Geburtstag

Maria Steuer, Lengenfeld

zum 100. Geburtstag

Ruth Lenk, Auerbach

www.cdu-vogtland.de

Wir gratulieren zu 40 Jahren
Mitgliedschaft in der CDU

Anita Beckert, Reichenbach
Siegfried Schmidt, Wohlhausen
Albrecht Schmidt, Wohlhausen
Jutta Staudt, Auerbach
Jutta Weck, Treuen OT Buch

Jahr(e)s Bericht aus Brüssel



Dr. Peter Jahr,
MdEP

BRÜSSEL: Es ist in der großen Politik, wie im richtigen Leben. Oft sind es unerwartete Ereignisse, die vorwärtstreibende Veränderungen provozieren. Krisen sind oft Entwicklungsmotor. In einer Demokratie wird dieser Sachverhalt netter formuliert, indem man feststellt, in jeder Krise steckt auch eine Chance. Das ist auch in der aktuellen Co-

vid-Krise nicht anders.

Würden die Mitgliedsstaaten nach dem Motto verfahren, wenn sich jeder um sich selbst kümmert, dann geht es jedem besser, wäre das die Bankrotterklärung aus Brüssel. Selbstverständlich müssen wir alles tun, dass ein weltweit agierender Virus keine globale Wirtschaftskrise auslöst. Da braucht es eine angemessene europäische Antwort.

Wenn man so will, stellt die aktuelle Krise die Vertrauensfrage an die EU. Diese Frage ist ganz einfach: „Ist die EU in der Lage das Problem zu bewältigen?“ Wenn nicht, dann bedient die EU de facto den Selbstzerstörungsknopf.

Die gute Nachricht: Brüssel reagiert und die meisten Mitgliedsstaaten haben den Ernst der Lage erkannt und ziehen mit. Es soll ein gigantisches Wirtschaftsförderungsprogramm in Gang gesetzt werden. 500 Mrd. € europäisches Kurzarbeitergeld, 750 Mrd. € Wirtschaftsförderung. Das sind Zahlen mit unheimlich vielen Nullen und soll zeigen: Die europäische Politik ist Willens das Problem ernsthaft anzugehen und es wird eine europäische Antwort geben.

Soweit so gut. Aber es bleiben wichtige Fragen: Wie sollen die Finanzmittel effektiv und zielgerichtet eingesetzt werden? Wie viel Geld sollen die einzelnen Mitgliedsstaaten erhalten? Sollten die Maßnahmen kredit- o. zuschussfinanziert werden? Wird das Rechtsstaatlichkeitsprinzip beachtet? Und vor allem: wie und durch wen sollen die Schulden zurückgezahlt werden?

Wie groß der „Schluck aus der Finanz-Pulle“ ist, wird deutlich, wenn man die Zahl personifiziert. 1,25 Billionen entsprächen statistisch 2.500,00 € pro Unionsbürger. Oder anders formuliert: eine 4-köpfige Familie „borgt“ der EU 10.000,00 €. Die Zahlen als solches sind nicht besorgniserregend, wenn man für die Kredittilgung innovative europäische Lösungsansätze anbietet, wie z.B. die Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs, die Besteuerung von sogenannten digitalen Großkonzernen und die Festlegung eines europäischen Mindeststeuersatzes.

Wenn wir schon zu der Erkenntnis kommen, dass die EU durch die Mitgliedsstaaten verbürgte Kredite aufnehmen sollte, übrigens bis vor wenigen Monaten unvorstellbar, dann müssen die Rückzahlungsmodalitäten eindeutig und verbindlich geklärt werden. Man stelle sich vor, ich gehe zur Bank, brauche einen Kredit und sage, über die Rückzahlung reden wir später, aber ich versichere Ihnen mein Bestes zu geben. Wenn es bei mir nicht klappt, dann zahlen meine Kinder und Enkel das zurück. Das funktioniert im privaten Bereich genau so wenig, wie in der großen Politik.

Das ist vielleicht die große Chance für die EU. Die Politik sagt nicht nur offen, dass wir uns im Interesse der Gesellschaft verschulden, sondern wir sagen auch offen und ehrlich, wie, wann und durch wen diese Kredite getilgt werden.

(von Dr. Peter Jahr, MdEP)